



# Von der europäischen zur österreichischen Bioökonomie-Strategie

## Die verbesserte Nutzung biogener Rohstoffe darf nicht zum neuen Ringen zwischen Nachhaltigkeit und Profit werden

Von Oliver Dworak  
Wien, 23. November 2015  
ISSN 2305-2635

### Handlungsempfehlungen

1. Bessere Verknüpfung der europäischen Bioökonomie-Strategie mit der Nachhaltigkeits-, Klima-, Umwelt-, Ressourcen- und Industriepolitik
2. Erarbeitung einer nationalen Bioökonomie-Strategie und verbesserte Ausrichtung von Bildungsangeboten und Forschungsaktivitäten
3. Einrichtung einer Stakeholder-Plattform der österreichischen biobasierten Industrie zur Vernetzung mit Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

### Zusammenfassung

Die europäische Kommission hat 2012, als Antwort auf gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Herausforderungen, wie die Ernährungssicherheit, den Klimawandel, die Verknappung natürlicher Ressourcen, steigende Arbeitslosigkeit und die stockende wirtschaftliche Entwicklung, die Europäische Bioökonomie-Strategie vorgelegt. Sie soll dazu beitragen, den Wandel Europas zu einer ressourceneffizienten Gesellschaft zu beschleunigen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Relevante Themenbereiche im Rahmen der Bioökonomie sind insbesondere die Gewinnung und Verarbeitung biogener Rohstoffe, weiters Konsumverhalten, Produkte und Dienstleistungen, Recycling und kaskadierte Nutzung, Bildung und Forschung, Arbeit, Ethik und die Stärkung von Regionen. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten haben bereits nationale Bioökonomie-

Strategien ausgearbeitet, und auch weltweit liegen zahlreiche relevante Dokumente und Programme vor. Nach einer Reihe wichtiger Vorarbeiten und Studien, insbesondere im Bereich der biobasierten Industrie, sowie der Verankerung der Bioökonomie als Forschungs- und Innovationsoffensive im aktuellen Arbeitsprogramm der Bundesregierung, steht nun auch in Österreich die Erarbeitung einer gesamthaften und ressortübergreifenden Initiative an einem entscheidenden Punkt. Immerhin erwirtschaften die Sektoren der Bioökonomie schon heute knapp acht Prozent des österreichischen BIP und beschäftigen rund 230.000 Menschen. Gleichzeitig wird Kritik in Richtung einer Überbeanspruchung biogener Ressourcen laut. Der Artikel beschreibt wesentliche Hintergründe und Entwicklungen im Überblick, und fasst Empfehlungen zur Vorgangsweise in Österreich zusammen.



# Von der europäischen zur österreichischen Bioökonomie-Strategie

Die verbesserte Nutzung biogener Rohstoffe darf nicht zum neuen Ringen zwischen Nachhaltigkeit und Profit werden

## 1. Definition und Einleitung

Bioökonomie ist eine Wirtschaftsform, in der Unternehmen und Betriebe aus erneuerbaren natürlichen Ressourcen eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen bereitstellen. Wird sie erfolgreich und nachhaltig umgesetzt, kann sie wesentliche Beiträge zur Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien und Rohstoffen, zur Förderung von Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. Die Europäische Kommission erwartet, dass die Bioökonomie Europa bei der Transformation in eine ressourceneffiziente Gesellschaft unterstützt, bei der Bewältigung des Klimawandels und der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung hilft, sowie gleichzeitig zur Befriedigung von Konsumbedürfnissen und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Europas Wirtschaft beiträgt. Wichtige Sektoren der Bioökonomie sind Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Nahrungsmittelerzeugung, Zellstoff- und Papierindustrie, Chemische Industrie, Biotechnische Industrie und Bioenergie<sup>1</sup>.

**„Die Europäische Kommission erwartet, dass die Bioökonomie Europa bei der Transformation in eine ressourceneffiziente Gesellschaft unterstützt, bei der Bewältigung des Klimawandels und der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung hilft, sowie gleichzeitig zur Befriedigung von Konsumbedürfnissen und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Europas Wirtschaft beiträgt.“**

1) European (2014) Commission: Research & Innovation. Bioeconomy – What is the Bioeconomy? <http://ec.europa.eu/research/bioeconomy> (2014)

Bioökonomie umfasst im Idealfall das gesamte Produktions- und Wirtschaftssystem und spannt den Bogen von der Rohstoffbereitstellung aus Primärprodukten ebenso wie aus sekundären Rohstoffquellen (Reststoffe, Abfälle) über die Verarbeitung der Rohstoffe. Dabei werden Syntheseleistungen der Natur innovativ und nachhaltig genutzt und biogene Rohstoffe zu marktfähigen Produkten verarbeitet. Mit gezielten Forschungsaktivitäten in allen Bereichen sollen die notwendigen technischen und sozialen Innovationen geschaffen werden. Dazu zählen u.a. biotechnologische Forschung im Primärproduktionsbereich und in der Konversion zu Lebensmitteln, Chemikalien, Materialien und Energie, sowie Anlagentechnik und Logistik zur energieeffizienten Integration von Wertschöpfungsketten, sowie Forschung zur kaskadischen Nutzung von Rohstoffen und zur Wiederverwendung von Reststoffen in Produktion und Konsum.<sup>2</sup>

## 2. Die Europäische Bioökonomie-Strategie

Nachdem die OECD bereits 2009 ihr Strategiepapier „The Bioeconomy to 2030: Designing a policy agenda“ veröffentlicht hatte, legte die Europäische Kommission im Februar 2012 mit ihrem Dokument „Innovating for sustainable growth: A Bioeconomy for Europe“ (COM 2012 / 60 final) den Rahmen für die weitere Politikentwicklung vor.

2) J. Schmidt, S. Höltinger, E. Schmid: „Bioökonomiestrategien ausgewählter Länder“, in „Biobased Future – Mitteilungsblatt für Energie und Industrie in einer nachhaltigen Wirtschaft“, Nr. 3, 2015



Mit dieser Strategie soll der Weg zu einer innovativen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Gesellschaft geebnet werden. Dafür wird besonders die vermehrte stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe als essentiell gesehen.

Der Hintergrund: die Lissabon-Strategie, die im Jahr 2000 von den Europäischen Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde, kann als die Geburtsstunde der „Bioökonomie“ in der Europäischen Union gesehen werden. Die EU sollte zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Diese Bestrebungen wurden mit der Strategie Biowissenschaften und Biotechnologie (EU-Kommission, 2002) sowie der überarbeiteten Lissabon-Strategie des Jahres 2005 weitergeführt und finden sich auch in der Strategie Europa 2020 (EU-Kommission, 2010). Ursprünglich von der Biotechnologie ausgehend, hat sich die „Bioökonomie“ zu einer Betrachtung kompletter Wertschöpfungsketten entwickelt. Schon jetzt erwirtschaftet der europäische Bioökonomiesektor eine Wertschöpfung von zwei Billionen Euro und sichert dabei 22 Millionen Arbeitsplätze.<sup>3</sup> Die Bioökonomie wird als Treiber dafür gesehen, die Re-Industrialisierung Europas auf ein neues, nachhaltiges Fundament zu stellen. So sollen Herausforderungen wie Ernährungssicherheit, die Verknappung natürlicher Ressourcen, Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, Klimawandel, die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Europas besser bewältigt werden.

**„Schon jetzt erwirtschaftet der europäische Bioökonomiesektor eine Wertschöpfung von zwei Billionen Euro und sichert dabei 22 Millionen Arbeitsplätze.“**

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2013 zur laufenden Diskussion und Berichterstattung zu Fragen der Bioökonomie das „European Bioeconomy Panel“ eingerichtet, dem rund 30 Mitglieder aus vier Stakeholdergruppen angehören:

- Unternehmen, Industrie,
- Universitäten, Forschungseinrichtungen, Wissenschaft,
- Öffentliche Verwaltung und
- Zivilgesellschaft.

In diesem Gremium wird insbesondere über die Ziele und Rahmenbedingungen der Europäischen Bioökonomie diskutiert, an der Implementierung der EU-Bioeconomy Strategy gearbeitet, das Info-Portal „European Bioeconomy Observatory“ entwickelt, und die Vorbereitung einschlägiger Initiativen und Veranstaltungen mitgestaltet.<sup>4</sup>

### 3. Europäische Innovations- und Forschungsförderung

Über das neue EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 werden verstärkt Bioökonomieprojekte gefördert, da die Kommission damit mehrere Ziele erreichen möchte: einerseits die 2020-Ziele und das 2030-Ziel der Reduktion der Treibhausgase um 40%, andererseits aber auch die Erhöhung des Industrieanteils am EU-BIP von 16 auf 20%. Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm stand im Rahmen des Programms „Knowledge-based Bioeconomy“ ein Fördervolumen von rund 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung, im neuen „Horizon 2020“ sind es bereits 3,85 Milliarden Euro.

3) EU-Kommission, 2012

4) European Bioeconomy Panel, Profiles of panel members, und Summaries 1st – 4th Plenary meeting, 2013-2015



**„Durch stärkere Verknüpfung der biobasierten Industrien sollen neue Produkte und Wertschöpfungsketten entstehen und diese durch Pilotprojekte zur Marktreife gebracht werden.“**

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das „Biobased Industries Consortium“<sup>5</sup>. In dieser Partnerschaft sind Unternehmen aus unterschiedlichsten Bereichen der Bioökonomie und der EU miteinander verbunden. Derzeit engagieren sich dort rund 50 europäische Unternehmen, Cluster und Organisationen<sup>6</sup> - darunter namhafte Unternehmen der Forst-, Holz-, Zellstoff-, Papier- und chemischen Industrie. Durch stärkere Verknüpfung der biobasierten Industrien sollen neue Produkte und Wertschöpfungsketten entstehen und diese durch Pilotprojekte zur Marktreife gebracht werden. Für dieses Ziel wollen die teilnehmenden Unternehmen bis 2020 2,8 Milliarden Euro investieren und 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Die Biobased Industries Joint Technology Initiative ist eine öffentlich-private Partnerschaft (PPP) zwischen der EU und dem Biobased Industries Consortium. Insgesamt 3,7 Mrd. EUR (0,97 Mrd. EUR an EU-Mitteln und die genannten 2,8 Mrd. EUR aus BIC) werden im Zeitraum 2014-2020 in bio-basierte Innovationen investiert, um zumindest zehn neue biobasierte Wertschöpfungsketten und fünf erweiterte Bio-Raffinerien zu realisieren<sup>7</sup>.

5) [www.biconsortium.eu](http://www.biconsortium.eu)

6) Ganglberger E. und Sturm T., ÖGUT: FTI-Strategie für die biobasierte Industrie in Österreich – ein Projektbericht im Rahmen des Impulsprogramms Nachhaltig Wirtschaften im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, September 2014

7) Interministerielle Sub-Arbeitsgruppe Bioökonomie (BM-WFW/BMVI/BMLFUW): Bioökonomie und FTI-Aktivitäten in Österreich – ein Beitrag zur Bioökonomie-Entwicklung der Bundesregierung, Mai 2015

#### 4. Nationale Bioökonomie-Strategien in und außerhalb der EU

Einige Mitgliedsstaaten haben bereits nationale Bioökonomie-Strategien erarbeitet. Das sind insbesondere Deutschland<sup>8</sup> (hier wird weiße Biotechnologie, das sind biotechnologische Methoden für industrielle Produktion, als Treiber gesehen), Finnland<sup>9</sup> (Schwerpunkt ist dort die Stärkung des forstwirtschaftlichen Sektors, Hauptthemen Zellulose, Bioraffinerie, Bioenergie u.a.), Holland<sup>10</sup> (die Green Growth Strategie zielt darauf ab, die Niederlande zum Zentrum einer globalen biobasierten Wirtschaft zu machen) und Schweden<sup>11</sup> (Ziel ist hier der massive Ausbau des forstwirtschaftlichen Sektors und die Verdopplung des Forest Clusters bis 2035).

Auch andere EU-Länder, wie Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland, haben Dokumente und Strategien erarbeitet, in denen die Bioökonomie wesentliche Zukunftsperspektiven abdeckt<sup>12</sup>. Bioökonomie und die damit verbundenen Technologien, Produkte, Dienstleistungen und Wirtschaftsformen werden aber längst auch außerhalb Europas als Zukunftsthema zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher, ökologischer und ökonomischer Herausforderungen gesehen. Auch die OECD ruft ihre Mitgliedsstaaten auf, auf der Basis politischer Vorarbeiten und durch verbesserte Zusammenarbeit die Entwicklung einer globalen

8) Bundesministerium für Bildung und Forschung: Nationale Forschungsstrategie Bioökonomie 2030“, Bonn/Berlin 2010

9) SITRA (Finnish Innovation Fund): Sustainable Bio-Economy. Potential, challenges and opportunities in Finland, 2011

10) Monitoring Biobased Economy in Nederland, 2013

11) Formas, Swedish Energy Agency and Vinova: Swedish Research and Innovation Strategy for a bio-based economy, 2012

12) Beermann M., Jungmeier G., Joanneum Research: Bioeconomy Strategies in the 22 IEA Bioenergy Member countries, November 2014



Bioökonomie voranzutreiben<sup>13</sup>. So wurden auch in Argentinien, Brasilien, Indien, Japan, Kanada, Malaysia, Norwegen, Russland, der Schweiz, Südafrika und den USA einschlägige Dokumente und Strategiepapiere publiziert. Während in vielen europäischen Dokumenten die Bedeutung von Investitionen in Forschung und Innovation betont wird, um Impulse für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu setzen und zur Lösung globaler Herausforderungen beizutragen, wird Bioökonomie in den USA, Kanada, Russland u.a. eher als Treiber zur Generierung von wirtschaftlichem Wachstum gesehen – insbesondere durch die schnelle Vermarktung von Produkten und die Bereitstellung von Kapital<sup>14</sup>.

Auch einzelne Industriesektoren haben sich intensiv mit den Perspektiven der Bioökonomie befasst; so war der EU-Verband der Zellstoff- und Papierindustrie (CEPI) der erste Branchenverband, der in inhaltlicher Abstimmung mit der EU-Kommission im November 2011 sein Strategiedokument „Unfold the future – The forest fibre industry 2050 Roadmap to a low-carbon bio-economy“<sup>15</sup> publiziert. Ausgehend von der Herausforderung der Treibhausgasreduktion von bis zu 80% bis zum Jahr 2050 wurden in diesem Strategiepapier Chancen und Herausforderungen am Weg zur Transformation des Sektors aufgezeigt. In weiterer Folge erarbeiteten europaweit besetzte Expertengruppen die aus Sicht des Sektors erforderlichen Breakthrough-Innovationen und Technologiesprünge, die nun in Forschungsprojekten weiterentwickelt und umgesetzt werden sollen.

## 5. Aktueller Stand in Österreich

Insbesondere jüngere wissenschaftliche Arbeiten sehen auch für Österreich einen Wandel der traditionellen Sektoren wie der Forst- und Holzwirtschaft hin zu einer „forest-based bioeconomy“<sup>16</sup>. Nach der Präsentation der Initiative und des Positionspapiers BIOÖKONOMIE des Vereins BIOS Science Austria<sup>17</sup> mit der Österreichischen Vereinigung für Agrarwissenschaftliche Forschung (ÖVAF) im November 2013 wurde das Thema auch im Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung 2013-2018, „Erfolgreich. Österreich.“, verankert. In Form eines Aktionsplans Bioökonomie sollen nun im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Ressorts Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW), Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) sowie Gesundheit (BMG) konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieses Zieles in Form einer nationalen Strategie ausgearbeitet werden<sup>18</sup>.

---

16) Schwarzbauer P., Hetemäki L., Stern T., Ettwein F. (Wood KPlaus / BOKU / European Forst Institute): The future of the forest-based sector in Central Europe: structural changes towards Bioeconomy, Vortrag auf der Österreichischen Papierfachtagung in Graz, Mai 2015

17) Mitglieder von BIOS Science Austria (Verein zur Förderung der Lebenswissenschaften) sind: Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), Veterinärmedizinische Universität Wien (Vet-Med), Umweltbundesamt (UBA), Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES), Bundesforschungszentrum für Wald (BFW), Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Ökosoziales Forum, Austrian Institute of Technology (AIT)

18) Mannsberger, Gerhard / BMLFUW: Vienna Seminar on Bioplastics & The European Bioeconomy – The policy perspective in Austria, 2015

---

13) German Bioeconomy Council: „Bioeconomy Policy: Synopsis and Analysis of Strategies in G7“, Jänner 2015

14) Schmidt J., Höltinger E., Schmid E., Universität für Bodenkultur Wien: Bioökonomiestrategien ausgewählter Länder, in Biobased Future – Mitteilungsblatt über Biomasse für Energie und Industrie in einer nachhaltigen Wirtschaft, Nr. 3/Jänner 2015

15) CEPI (Confederation of the European paper Industries): [www.unfoldthefuture.eu](http://www.unfoldthefuture.eu)



Bisher vorliegende relevante Dokumente im inhaltlichen Zusammenhang sind vor allem

- die FTI-Strategie der Bundesregierung (2011),
- die Nachhaltigkeitsstrategie der Österreichischen Bundesregierung (2002),
- die Klima- und Klimawandelanpassungsstrategie (BMLFUW 2012),
- der Nationale Ressourceneffizienzplan (BMLFUW 2012),
- der Aktionsplan zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe (2015) sowie
- die FTI-Strategie für die biobasierte Industrie (BMVIT 2015).

**„Die Tatsache, dass die Sektoren der Bioökonomie schon heute knapp acht Prozent des österreichischen BIP erwirtschaften und rund 230.000 Menschen beschäftigen, und dass diese Anteile durchaus noch zu steigern sind, macht das Thema zunehmend auch für die Politik interessant.“**

Die Tatsache, dass die Sektoren der Bioökonomie schon heute knapp acht Prozent des österreichischen BIP erwirtschaften und rund 230.000 Menschen beschäftigen, und dass diese Anteile durchaus noch zu steigern sind, macht das Thema zunehmend auch für die Politik interessant. So stand das Thema auch bei den Alpbacher Technologiegesprächen Ende August prominent auf der Tagesordnung. „Wir müssen weg von einer erdölabhängigen und hin zu einer biobasierten Wirtschaft. Österreichs Wirtschaft ist derzeit aber noch fossil dominiert und muss diese Ressourcen in großem Stil importieren. Die Bioökonomie, die fossile durch nachwachsende Rohstoffe schrittweise ersetzt, spielt daher eine Schlüsselrolle beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten

Wirtschaft“, plädierten dort die Vertreter von Bio Science Austria<sup>19</sup>, und auch einige Medien greifen das Thema als „Riesenchance für Österreich“<sup>20</sup> auf. Auch die Industriellenvereinigung unterstützt die Bemühungen Österreichs zum Thema Bioökonomie, da aus Erkenntnissen der Grundlagenforschung im Bereich der Life Sciences konkrete Marktinnovationen entwickelt werden können und somit eine erhöhte Wertschöpfung für Österreich entsteht.

**„Hier haken aber auch Kritiker ein und sehen die Gefahr eines Grünen Kapitalismus, indem die Natur als Lieferant biogener Rohstoffe neue Begehrlichkeiten weckt.“**

Herausforderungen am Weg zur nationalen Strategie, bei der Österreich zwar am Papier hinter anderen Staaten herhinkt<sup>21</sup>, in der Praxis aber bereits wesentliche Schritte gesetzt hat, sind eine enge Kooperation der relevanten Ministerien, die Definition klarer Langzeitziele zur Erhöhung der Planbarkeit für Unternehmen, und die Nutzung – und Regionalisierung – von Synergieeffekten aus Energiewende, Bioökonomie und Industrie 4.0. Gerade hier haken aber auch Kritiker ein und sehen die Gefahr eines Grünen Kapitalismus, indem die Natur als Lieferant biogener Rohstoffe neue Begehrlichkeiten weckt. Einer der Hauptansatzpunkte warnender Stimmen ist, dass das Ausmaß und die Radikalität der von der Bioökonomie angestrebten Naturverwertung zu groß sei und nicht nur eine restlose Inbesitznahme allen Lebens, sondern mit der Gentechnik und der synthetischen Biologie auch dessen Um- und

19) Bioeconomy in Action: Österreichische Bioökonomie-Strategie als Grundlage für den nachhaltigen Erfolg von morgen, Presseausendung von Ökosoziales Forum, ÖVAF und BIOS Science Austria, 28.8.2015

20) Interview mit BOKU-Rektor Univ.Prof. DI Dr.Dr.h.c.mult. Martin Gerzabek, Präsident von BIOS Science Austria, Die Presse, 22.8.2015

21) Forum Alpbach: Bioökonomie vielerorts weiter als in Österreich, APA Science, 28.8.2015





Neugestaltung bedeute<sup>22</sup>. Andererseits geben Unternehmer zu bedenken, dass Bürokratie und Normierungen Innovationen verhindern und es daher vermehrt Entscheidungen von Visionären brauche, um konkrete Projekte voranzutreiben<sup>23</sup>.

## 6. Biobasierte Industrie

Bereits in der Strategie der österreichischen Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation wird festgehalten, dass der Forschung und Technologieentwicklung eine zentrale Bedeutung zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zukommt. Dabei werden die nachhaltige Sicherung der Produktion sowie die Nutzbarmachung biogener Rohstoffe und Energieträger gefordert. Wie auch auf europäischer Ebene, kommt der forcierten Entwicklung der biobasierten Industrie und ihrer Dienstleistungen und Produkte auch in Österreich zentrale Bedeutung zu. Aufbauend auf dem Programm „Fabrik der Zukunft“ des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) wurde das Themenfeld „Bio-based Industry“ ab 2011 in der bmvit-Programmlinie „Produktion der Zukunft“ weitergeführt, und über 240 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 33 Millionen Euro finanziert<sup>24</sup>.

Nachdem bereits in der Studie „Am Weg zu einer biobasierten Industrie – Chancen für Österreich“ von A. Windsperger et al.<sup>25</sup> wesentliche Grundlagen im Bereich der forstwirtschaftlichen Rohstoffe erarbeitet wurden, legte das BMVIT 2014 die von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) erarbeitete „FTI-Strategie für die biobasierte Industrie in Österreich“<sup>26</sup> vor.

## 7. Conclusio

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Österreich in hohem Ausmaß sowohl über die für die Entwicklung einer Bioökonomie relevanten Rohstoffe, Technologien, Sektoren und Unternehmen, die qualifizierten Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie die erforderlichen Kompetenzen in Politik und Verwaltung verfügt. Die im Regierungsprogramm formulierten Ziele sollten daher entsprechend umgesetzt werden können. Durch Analyse und Auswertung vorliegender vergleichbarer Strategiepaper, effektive und zielgerichtete Bündelung der genannten Initiativen und Programme, Ausarbeitung einer nationalen Bioökonomie-Strategie in Form eines breiten Stakeholder-Dialogs und Einrichtung einer ressortübergreifenden, schlanken, aber hocheffizienten Organisationsstruktur sollte es zeitnah möglich sein, für Österreich relevante Handlungsfelder zu identifizieren und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gestalten, um Fortschritte im Sinne einer nachhaltigen Bioökonomie zu erzielen. Greenwashing und dem Ziel, rasche Profite mit grünem Image zum Schaden nachhaltiger Entwicklung zu erwirtschaften, sind klare Absagen zu erteilen.

22) Prazak R. (2015): Bioökonomie: eine neue Form der Geschäftemacherei? in: Profil, 25.8.2015

23) Bioökonomie: Grüner Kapitalismus, science.ORF.at, 31.8.2015

24) Ganglberger E. und Sturm T., ÖGUT: FTI-Strategie für die biobasierte Industrie in Österreich – ein Projektbericht im Rahmen des Impulsprogramms Nachhaltig Wirtschaften im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, September 2014

25) Windsperger A., Windsperger B., Timmel T., Steinmüller H., Lindorfer J., Wörgetter M., Bacovsky D., Sonnleitner A.: Research Agenda Biobasierte Industrie, BMVIT, 2012

26) Ganglberger E. und Sturm T., ÖGUT: FTI-Strategie für die biobasierte Industrie in Österreich – ein Projektbericht im Rahmen des Impulsprogramms Nachhaltig Wirtschaften im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, September 2014



**„Greenwashing und dem Ziel, rasche Profite mit grünem Image zum Schaden nachhaltiger Entwicklung zu erwirtschaften, sind klare Absagen zu erteilen.“**

Ein wichtiger Schritt wäre die Einrichtung einer Stakeholder-Plattform der österreichischen biobasierten Industrie als Cluster- und Wissenstransferzentrum zur Kooperation und Positionierung der relevanten Branchen, zur Ausarbeitung von Potenzialanalysen und Formulierung der erforderlichen Rahmenbedingungen, sowie zur Vernetzung mit

Experten bzw. Organisationen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. In weiterer Folge sollte die Koordinierung von Aus- und Weiterbildungsangeboten, Innovations- und Forschungsaktivitäten sowie Förderungs- und Finanzierungsangeboten verbessert werden, mit dem Ziel der Stärkung vorhandener und dem Aufbau fehlender Wertschöpfungsketten, aber auch um mögliche Fehlentwicklungen bzw. negative Auswirkungen zu einseitiger Zielsetzungen auf andere für Österreich wichtige Wirtschaftssektoren und Branchen zu erkennen und zu verhindern.





## Über die Autorin

**Dipl.-Ing. Oliver Dworak** ist Gründer und Eigentümer von AGENDA Public Affairs & Management Consulting. Als langjähriger Geschäftsführer der Austropapier - Vereinigung der Österreichischen Papierindustrie und der ÖZEPA - Österreichischen Vereinigung der Zellstoff- und Papierchemiker und -techniker vertrat er die Interessen dieser Industriebranche auf nationaler und internationaler Ebene. Er war Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Association Directors Group der CEPI, Präsident des Instituts für Industrielle Ökologie, Mitglied des Vorstands von Print Power Austria, Mitglied des FAO Advisory Committees on Paper and Wood Products, Koordinator der Forest-Based Sector Technology Platform in Österreich und Mitglied mehrerer Ausschüsse und Arbeitskreise der IV und der WKO.

Kontakt: [oliver.dworak@agenda-group.eu](mailto:oliver.dworak@agenda-group.eu)

## Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

### ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen, der Organisation, für die die Autorin arbeitet, überein.

### Schlagwörter

Europäische Bioökonomie-Strategie, Innovations- und Forschungsförderung, aktueller Stand in Österreich, bio-basierte Industrie, Nachhaltigkeit, Grüner Kapitalismus

### Zitation

Dworak, O. (2015). *Von der europäischen zur österreichischen Bioökonomie-Strategie*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 40'2015

### Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik  
Rotenhausgasse 6/8-9  
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt  
Verantwortlich: Christoph Breinschmid, M.A.

Tel.: +43 1 533 4999  
Fax: +43 1 533 4999 – 40  
E-Mail: [policybriefs@oegfe.at](mailto:policybriefs@oegfe.at)  
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>